

## Anlage A) Umgesetzte Beschlüsse im öffentlichen Teil

Gremium:	Gesundheitsausschuss
Sitzungsdatum:	25.03.2003
Vorlagennummer:	0278/003 und 0327/003

### **Betreff: Nachhaltige Verbesserung der gesundheitlichen Situation von Kindern und Jugendlichen**

#### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche der in der Mitteilung zur Sondersitzung des Gesundheitsausschusses, des Jugendhilfeausschusses – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie, des Ausschusses für Soziales und Senioren sowie des Ausschusses Schule und Weiterbildung am 23.01.03 vorgeschlagenen Maßnahmen kostenneutral umgesetzt werden können sowie Vorschläge vorzulegen, zu welchen Lasten Kosten verursachende Maßnahmen gehen können.

Dabei ist besonderer Wert zu legen auf:

Möglichkeiten der Verbesserung der Vernetzung, einen Schwerpunkt bei der früh einsetzenden Gesundheitserziehung bereits im Kindergarten zu setzen, der in der Schule fortgeführt werden sollte und der auf Fragen der Ernährung und Bewegung besonders eingeht. geschlechtsspezifische Gesundheitsfragen von Mädchen und Jungen.

Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung in diesem Zusammenhang:

Gespräche mit den Krankenkassen zu führen, um eine weitergehende Bewilligung von Präventivangeboten für Kinder und Jugendliche zu ermöglichen, den Kindergärten und den Schulen nahe zu legen, Gesundheitserziehung als Bestandteil ihres Fortbildungsprogramms für Erzieher/innen und Lehrer/innen aufzunehmen. Darüber hinaus soll die Verwaltung prüfen, inwiefern sie Kindergärten und Schulen bei der Konzipierung und Durchführung solcher Fortbildungen Hilfestellungen geben kann.

Das Ergebnis ist neben dem Gesundheitsausschuss auch den weiteren an der o.g. Sondersitzung beteiligten Fachausschüssen zur Kenntnis zu geben

#### **Sachstand:**

Der am 23.01.2003 vorgelegte Bericht zur nachhaltigen Verbesserung der gesundheitlichen Situation von Kindern und Jugendlichen (Kinder- und Jugendgesundheitsbericht Köln 2002) wurde im November 2003 in der Kommunalen Gesundheitskonferenz (KGK) vorgestellt. Die KGK hat das im Bericht vorgeschlagene Maßnahmenpaket ausdrücklich begrüßt und darauf hingewiesen, dass die mit der Umsetzung der im Auftrag der o.g. Ausschüsse von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen verbundenen Finanzierungsfragen einer Lösung bedürfen. Aufgrund des Ratsbeschlusses vom 14.05.2007, in allen Kölner Kindergärten Untersuchungen und Beratungen durch den Kinder- und Jugendgesundheitsdienst durchzuführen, wurde eine wichtige Voraussetzung dafür geschaffen, die im Kölner Kinder- und Jugendgesundheitsbericht 2002 zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung der Kölner Kinder vorgeschlagene verstärkte Präsenz des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes in den Kölner Kindertagesstätten umzusetzen.

Mit intensiven Bemühungen zur Gewinnung neuen Personals ist es nunmehr gelungen, die vakanten Stellen des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes des Gesundheitsamtes zu besetzen.

## Anlage A) Umgesetzte Beschlüsse im öffentlichen Teil

Der Engpass beim ärztlichen Personal hat sich gegenüber dem Jahr 2010 damit deutlich verbessert, obwohl sich der demografische Wandel hier deutlich bemerkbar macht. Die Untersuchungssituation in Kindertagesstätten und Schulen stellt hohe Anforderungen an die Belastbarkeit der Teams.

Die Arbeit der seit 2010 per Ratsbeschluss unbefristet eingerichteten Kinder- und Jugendpsychiatrischen Beratungsstelle stößt auf so große Resonanz bei den Schulen und Eltern, dass das Angebot weiterhin auf die Förderschulen fokussiert bleiben muss.

**Der Beschluss ist somit erledigt.**

## Anlage A) Umgesetzte Beschlüsse im öffentlichen Teil

Gremium:	Gesundheitsausschusses
Sitzungsdatum:	11.12.2012; 04.09.2013 und 04.02.2014
Vorlagennummer:	AN 1789/2012; AN 1052/2013 und 0364/2014

**Betreff: Verbesserung des Infektionsschutzes. Mitteilung zu Beschlüssen des Gesundheitsausschusses vom 11.12.2012 (Top 4.1) und vom 24.09.2013 (Top 4.1) auf Grundlage von Anträgen der FDP-Fraktion**

### **Beschluss:**

Der Gesundheitsausschuss beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Hygieneaufklärung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) zu unterstützen und

1. die für die Toiletten im Einflussbereich der Stadt Köln Zuständigen über die Aktion zu informieren und beim Bezug der Aufkleber zu unterstützen in allen Toiletten, die im Einflussbereich der Stadt Köln liegen, entsprechende Aufkleber zu platzieren sowie
2. die zu diesem Thema kostenlos angebotenen Medien für die entsprechenden städtischen Einrichtungen möglicherweise in Form einer Sammelbestellung abzurufen.
3. Darüber hinaus sollen die vorgenannten Maßnahmen in das Toilettenkonzept der Stadt Köln integriert werden.
4. Kindertagesstätten und Schulen sollen aufgefordert werden, im Rahmen ihrer pädagogischen Tätigkeit, das angebotene Informationsmaterial der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) zu nutzen und das Thema in die tägliche Arbeit aufzunehmen.

### **Sachstand:**

Es haben Info-Termine vom Gesundheitsamt, Amt für Kinder, Jugend und Familie und Amt für Schulentwicklung mit Kindertagesstätten und Schulen zum Thema Hygiene stattgefunden.

SB Frau Houben bedankt sich für die ausführliche Antwort und das Engagement, bittet aber darum, dass auch auf den Toiletten des Rathauses die entsprechenden Hygieneaufkleber angebracht würden.

Der Leiter der Abteilung Infektions- und Umwelthygiene, Herr Prof. Dr. Wiesmüller, sagt dies zu.

Die Aufkleber wurden mittlerweile angebracht.

**Die Beschlüsse aufgrund von Anträgen sind umgesetzt und somit erledigt.**

## Anlage A) Umgesetzte Beschlüsse im öffentlichen Teil

Gremium:	Gesundheitsausschuss
Sitzungsdatum:	10.12.2013
Vorlagennummer:	3407/2013

**Betreff: Verlängerung der Sperrbezirke im Kölner Süden; Antrag an die Bezirksregierung Köln**

### **Beschluss:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Bezirksregierung Köln zu beantragen, den zum 01.05.2011 für zunächst ein Jahr in Kraft getretenen und dann um zwei Jahre bis zum 01.05.2014 verlängerten temporären Sperrbezirk für Straßenprostitution in der Zeit von 06:00 Uhr bis 20:00 Uhr im Kölner Süden unbefristet zu verlängern.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Bezirksregierung Köln zu beantragen, den zum 01.05.2011 für drei Jahre in Kraft getretenen 24-Stunden Sperrbezirk (Köln Meschenich) für Straßenprostitution im Kölner Süden unbefristet zu verlängern.
3. Der mit Ratsbeschluss vom 07.04.2011 eingerichtete Beirat, der die Entwicklung im Zusammenhang mit den Sperrbezirksregelungen begleitet, wird gebeten, seine Arbeit fortzusetzen.

### **Sachstand**

Folgender Sachstand kann zum Zeitpunkt 02.10.2014 mitgeteilt werden:

Zu 1.) Die zunächst befristete Sperrbezirksverordnung für den Kölner Süden wurde seitens der Bezirksregierung Köln entfristet. Die Entfristung trat am 23.04.2014 in Kraft. Die Verordnung wurde im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln vom 22.04.2014 veröffentlicht (S. 142).

Zu 2.) Die befristete Sperrbezirksverordnung für den Bereich Köln-Meschenich wurde ebenfalls entfristet und an o.g. Stelle veröffentlicht.

Zu 3.) Für die neue Ratsperiode 2014 bis 2020 haben sowohl der Rat als auch die Bezirksvertretung Rodenkirchen in ihren Sitzungen vom 02.09.2014 und 08.09.2014 jeweils ihre Mitglieder für den Sperrbezirksbeirat gewählt.

**Der Beschluss ist somit erledigt.**

## Anlage A) Umgesetzte Beschlüsse im öffentlichen Teil

Gremium:	Gesundheitsausschuss
Sitzungsdatum:	10.12.2013 und 01.04.2014
Vorlagennummer:	2594/2013

### **Betreff: Strategiepapier für ein ganzheitliches Toilettenkonzept in Köln**

#### **Beschluss:**

##### Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln nimmt das von der Verwaltung gemeinsam mit den Abfallwirtschaftsbetrieben Köln GmbH & Co. KG (AWB) erstellte Toilettenkonzept zur Kenntnis.
2. Der Rat der Stadt Köln beschließt, die Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH & Co. KG (AWB) mit der Errichtung und dem Betrieb der öffentlichen Toilettenanlagen unter Einbeziehung der Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH (KGAB) im Rahmen einer Inhouse-Vergabe zu beauftragen und ermächtigt die Verwaltung, einen unbefristeten Vertrag auf Basis des Konzeptes abzuschließen.
3. Für die bereits 2014 aus dem abzuschließenden Vertrag umzusetzenden Maßnahmen werden zahlungswirksame Aufwandsermächtigungen in Höhe von 96.500 € im Teilplan 0201 – Allgemeine Sicherheit und Ordnung – Teilplanzeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen) im Haushaltsjahr 2014 freigegeben.
4. Der Rat beschließt, die bis 31.12.2014 befristete Maßnahme eines Toilettenangebots über private Unternehmen (z.B. Gaststätten) über das Jahr 2014 hinaus fortzuführen.

#### **Sachstand**

Nach Beschluss des Rates am 17.12.2013 die befristete Maßnahme eines Toilettenangebots über private Unternehmen über das Jahr 2014 hinaus fortzuführen, wurden 9 Verträge mit privaten Unternehmen im Rahmen der Aktion „HappyToilet Köln“ abgeschlossen. 3 Unternehmen, die von der Verwaltung angesprochen wurden, haben kein Interesse an der Aktion gezeigt. Weitere Interessenten/Unternehmen haben sich gemeldet. Die Auswahl der Unternehmen ist abhängig von der Ausstattung (Anzahl der Toiletten, Angebote mit barrierefreien bzw. behindertengerechten Toiletten), den Öffnungszeiten sowie Standort und Frequentierungsnachfrage. Hierbei wird auch berücksichtigt, ob bereits eine öffentlich zugängliche Toilette in unmittelbarer Nähe vorhanden ist, bzw. in absehbarer Zeit eine City-WC-Toilette installiert wird.

**Der Beschluss ist somit erledigt.**